

Pressemitteilung

3. Dezember 2021

Jetzt heißt es anpacken!

Die Architektenkammer Berlin begrüßt die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen zwischen den Parteien SPD, Bündnis 90 / Die Grünen sowie Die Linke und fordert eine schnelle Umsetzung. „Wir sehen den vorgelegten Entwurf des Koalitionsvertrags als ein Statement für eine soziale und an den Pariser Klimaschutzabsichten orientierte Stadtpolitik“, so Theresa Keilhacker, Präsidentin der Architektenkammer Berlin. „Mit vielen der genannten Herausforderungen für die Zukunft befassen sich die Mitglieder der Architektenkammer Berlin bereits intensiv. Wir freuen uns über viele Übereinstimmungen und Schnittstellen für einen konstruktiven Dialog und für Kooperationen.“

Die Einordnung der Themen Stadtentwicklung, Bauen und Mieten an erster Stelle des Koalitionsvertrages sowie der große Umfang, den das Kapitel einnimmt, zeigen den hohen Stellenwert dieses Politikfeldes. Zu Recht: Es gibt dringenden Handlungsbedarf. Die Architektenkammer unterstützt das Leitmotiv der Erhaltung der Berliner Mischung mit lebendigen, sozial und funktional vielfältigen und durchmischten Kiezen sowie bezahlbaren Wohnungen, auch für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Dieses Modell hat sich bewährt und prägt an vielen Stellen den Charme und die Lebensqualität der Berlinerinnen und Berliner. Unstrittig ist auch, dass diese sozialen Ziele nicht zulasten ökologischer Ziele gehen dürfen; oder anders formuliert, zulasten nachfolgender Generationen. Bauen in Berlin muss konsequent auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Daran wird sich die neue Koalition messen lassen müssen. Es wird jetzt auf die Umsetzung ankommen, wenn es im Koalitionsvertrag heißt, dass neue Gebäude möglichst aus nachwachsenden und kreislaufgerechten Baustoffen errichtet werden und damit CO₂ einlagern sollen. Positiv ist, dass Impulse für konkrete Rahmenbedingungen gesetzt werden: Schulgebäude und Wohngebäude landeseigener Wohnungsunternehmen müssen zukünftig nach dem Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) errichtet werden.

Dass jedoch jährlich 20.000 neu zu bauende Wohnungen in Berlin „höchste Priorität“ genießen - auf Bundesebene sollen es sogar 400.000 sein - deutet nicht unbedingt auf die notwendige Bauwende hin. Denn verträgliche Nachverdichtungen, Aufstockungen und andere Transformationen im Bestand, aber auch in neuen klimaresilienten Stadtquartieren sind nur mit durchdachter Planung und interdisziplinären Abstimmungsprozessen zu haben. Ein programmatisches Umdenken wäre hier angesagt und eine konsequente Entsiegelungsstrategie. Die nötige Geschwindigkeit der Umsetzung sollte durch die regelmäßig aktualisierte Bevölkerungsentwicklung und -prognose bestimmt sein, nicht durch Stückzahlen pro Jahr.

Die Architektenkammer begrüßt die angekündigte Stärkung fairer Vergabeverfahren. Ein Politikwechsel in diesem Bereich ist überfällig und eine immer wieder vorgebrachte Forderung des Berufsstandes. Wird zukünftig ein breites Spektrum an - auch kleineren - Planungsbüros durch faire Vergabeverfahren und der Durchführung von Wettbewerben nach den Richtlinien für Planungswettbewerbe (RPW) eingebunden, dann wird langfristig und nachhaltig Qualität gestärkt und Vielfalt in der Baukultur gefördert. Es liegt auf der Hand, dass die akuten Herausforderungen



ohne größere Innovationssprünge kaum zu bewältigen sind. Insofern müssen qualitätsorientierte Vergabeverfahren wie Planungswettbewerbe, Konzeptverfahren sowie sozial-ökologische Modell- oder Pilotprojekte - zum Beispiel und gerade auch im Rahmen einer zur Diskussion gestellten Bauausstellung – Standard bei öffentlichen Bauvorhaben werden.

Die neue Koalition möchte Initiativen für eine Gewerbemietpreisbremse auf den Weg bringen. „Auch diesen Ansatz begrüßen wir“, sagt Keilhacker. „Ein Gewerbemietpiegel ist im Hinblick auf den Erhalt lebendiger Stadtteile und stadtteilversorgender Gewerbebetriebe ein sinnvolles Instrument. Zugleich würde damit auch ein Beitrag zur Sicherung der Existenzbedingungen verdrängungsbedrohter Planungs- und Architekturbüros geleistet. Schließlich hat Berlin ein breites Spektrum an kreativen und professionellen Büros, deren Expertise für den umfassenden sozial-ökologischen Umbauprozess in den nächsten Jahren unverzichtbar ist“, führt die Präsidentin der Architektenkammer aus.

Wenn die Politik ihre Ziele ernst nimmt, Denkmalschutz und Denkmalpflege stärkt, Umbau und die Erweiterung baulicher Anlagen Priorität vor Abriss und Neubau haben und damit die Vernichtung von grauer Energie vermindert wird, müssen nunmehr zügig Veränderungen umgesetzt werden. Es wäre weit mehr als Symbolpolitik, wenn die – am Ende der vergangenen Legislaturperiode gescheiterte – Novellierung der Bauordnung etwa in den ersten 100 Tagen der neuen Regierung umgesetzt wird. Damit würden nicht nur Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht und beschleunigt und Baukultur würde gefördert. Nicht zuletzt würden damit wichtige Instrumente zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele, wie der qualifizierte Freiflächenplan, der Schutz erhaltenswerter Bausubstanz oder mehr Barrierefreiheit direkt in die Umsetzung gebracht. Nach dem Verhandeln gilt es jetzt also loszulegen.

Architektenkammer Berlin

Körperschaft des öffentlichen Rechts
Pressestelle Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
Alte Jakobstraße 149
10969 Berlin
T 030. 29 33 07-0
presse@ak-berlin.de
www.ak-berlin.de

